

Analyse

Wahlen der Regionalparlamente, Dezember 2003 bis Februar 2005

Grigorii V. Golosov, Sankt Petersburg

Zusammenfassung

Die durchgreifende Umgestaltung des politischen Systems, die die Putinadministration in Angriff genommen hat, will einerseits ein stabiles Parteiensystem etablieren und andererseits das Verhältnis von Zentrum und Regionen neu regeln. In diesem Kontext erlangen die Regionalparlamente eine gewisse Bedeutung, da die landesweiten Parteien dort Fuß fassen und sich bewähren müssen. Zudem sind sie in Zukunft der Ansprechpartner des Präsidenten bei der Berufung der Gouverneure. Aus diesem Grunde bemüht sich das Zentrum schon seit einiger Zeit, auf die Zusammensetzung und auf die Arbeit der regionalen Vertretungskörperschaften Einfluss zu nehmen. Seit Mitte 2003 gilt in den Regionen ein neues Wahlrecht, nach dem mindestens die Hälfte der Abgeordneten einer Vertretungskörperschaft über Parteilisten bestimmt werden muss. Bisher sind in 26 Regionen Parlamente nach diesem gemischten Wahlsystem gewählt worden. Die Putinsche Führung, die eine Zentralisierung des Staates anstrebt, will dabei den Einfluss von gesamt russischen Parteien und damit den Einfluss des Zentrums auf die Regionen vergrößern. Insgesamt ist diese Strategie 2003–2004 nur teilweise aufgegangen. Die Parteien sind sehr viel stärker in den Regionalparlamenten vertreten. Die Partei, die vor allem den Einfluss des Zentrums auf die Regionen sichern soll, „Einiges Russland“, hat im Ganzen in den Regionalversammlungen aber keine Mehrheit erringen können.

H.H.S.

Ein neues Wahlsystem in den Regionen

Im Jahre 2002 verabschiedete die russische Staatsduma eine Reihe Gesetze, die für die Wahlen zu Regionalparlamenten ein gemischtes Wahlrecht obligatorisch machten. Seit Juli 2003 müssen mindestens die Hälfte der Abgeordneten eines Parlamentes oder einer seiner Kammern über Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden. Das politische Ziel dieser Gesetze war die Förderung von gesamt russischen Parteien auf der regionalen Ebene. Von 1993 bis 2003 spielten Parteien im politischen Leben der Regionen nur eine bescheidene Rolle. Man muss nur darauf hinweisen, dass in den Regionalversammlungen, die zwischen 1999 und Mitte 2003 gewählt wurden, lediglich 14,3% der Abgeordneten von den Parteien gestellt wurden. Die übrigen „unabhängigen“ Abgeordneten waren meist politische Verbündete der lokalen Exekutive. Das war Ausdruck einer Tendenz, die zu isolierten regionalen politischen Systemen führte, die um 1999 vorherrschte. Die neue politische Führung, die eine Zentralisierung des Staates anstrebt, war sehr daran interessiert, den Einfluss von gesamt russischen Parteien und damit den politischen Einfluss des Zentrums auf die Regionen zu vergrößern. Die Einführung eines gemischten Wahlrechtes sollte hierzu als Mittel dienen.

Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht

Von Dezember 2003 bis Februar 2005 sind in 26 Regionen Parlamente nach dem gemischten

Wahlsystem gewählt worden. Im Schnitt beträgt der Anteil von Abgeordneten, die über Parteilisten gewählt wurden, 50,5%. Der durchschnittliche Anteil von Parlamentsabgeordneten, die einer Partei angehören, ist auf 81% angestiegen. Das Föderale Gesetz „Über die politischen Parteien“ von 2001 legte fest, dass nur gesamt russische Parteien, die beim russischen Justizministerium registriert sind, vollberechtigt an Regionalwahlen teilnehmen dürfen. Im Dezember 2003 gab es 44 dieser Parteien. Im Laufe des Jahres 2004 ist vier dieser Parteien aus verschiedenen Gründen durch Gerichte die Registrierung entzogen worden. Dagegen wurden nur zwei neue gebildet. Die Zahl der potentiellen Teilnehmer an Regionalwahlen ist also fast gleich geblieben. Fast alle Parteien (41) konnten dabei an der einen oder anderen Regionalwahl teilnehmen; allerdings traten 20 lediglich bei einer oder zwei Wahlen auf. Nur 13 Parteien stellten Kandidaten für mehr als fünf Regionalparlamente auf.

„Einiges Russland“ – nur bedingt ein Erfolgsmodell

Die Partei „Einiges Russland“ zeigte sich am aktivsten. Sie legte bei ausnahmslos allen Wahlen Listen auf und entsandte auch in allen Regionen Vertreter in die Parlamente. Im Durchschnitt gewann „Einiges Russland“ 44,8% der Sitze. Diese Zahl bezeugt natürlich den großen Erfolg der Regierungspartei. Eine genauere Analyse führt aber zu dem Schluss, dass der

Rückhalt für „Einiges Russland“ im Vergleich zu den Wahlen zur russischen Duma 2003 nicht gewachsen ist. Der Anteil der Wähler, die in 26 Regionen für die Liste von „Einiges Russland“ stimmten, übertraf den entsprechenden Anteil bei gesamt russischen Wahlen nur in sieben Regionen. Den größten Erfolg hatte „Einiges Russland“ in den „ethnischen“ Republiken: Mordowien (76,2% der Stimmen), Kabardino-Balkarien (69,3%) und Tatarstan (69,2%), das heißt dort, wo sie auch bei den gesamt russischen Wahlen eine überwältigende Mehrheit erreicht hatte. In anderen Regionen verlor „Einiges Russland“ Stimmen; in einigen Regionen wurden diese Verluste aber durch Erfolge in Wahlkreisen, in denen die Abgeordnete direkt bestimmt werden, kompensiert. Z.B. erreichte „Einiges Russland“ in Mari El nur 10 der 26 Sitze, die nach Parteiliste vergeben wurden, aber 18 der 23 Sitze in Einzelwahlkreisen. Doch auch dieses Phänomen gab es in der Regel nur in den ethnischen Republiken. Wenn man diese Republiken von den Berechnungen ausschließt, beträgt der durchschnittliche Anteil der Sitze, den „Einiges Russland“ in den übrigen 18 Regionen erreichte, etwas mehr als ein Drittel, nämlich 36,9%. In der Regel befinden sich die regionalen Verbände von „Einiges Russland“ in den ethnischen Republiken unter strenger Kontrolle der regionalen Exekutive. In diesem Kontext kann „Einiges Russland“ nur in sehr begrenztem Maße als Instrument der Zentralisierungspolitik gesehen werden.

KPRF und LDPR – „zweite“ und „dritte Sieger“

Die Kommunistische Partei (KPRF) nahm sowohl in punkto Aktivität wie Erfolg bei den Regionalwahlen den zweiten Platz ein. Sie beteiligte sich an 24 Wahlen und war immer insoweit erfolgreich, als sie über die Parteilisten Sitze gewann (aber nicht in den Einzelwahlkreisen). Allerdings erhielt sie immer nur einen ziemlich bescheidenen Anteil der Sitze, im Durchschnitt 13,9%. Im Gegensatz zu „Einiges Russland“ waren die Stimmenanteile der KPRF bei den Regionalwahlen besser als bei gesamt russischen Parlamentswahlen. Sie konnte Stimmengewinne in 14 von 24 Regionen verzeichnen. Allerdings war der Zuwachs in der Regel unbedeutend (im Durchschnitt 6,3% in den Regionen, in denen die KPRF zulegte); außerdem hatte die Partei in den Einzelwahlkreisen nur minimalen Erfolg. In der Regel gelang es den Kandidaten der KPRF, ein oder zwei Wahlkreise zu erobern. Obwohl die KPRF so die Nische der größten Oppositionspartei bewahren konnte, konnte sie diese Nische jedoch nicht wesentlich erweitern. Die auf nationaler Ebene drittgrößte Partei, die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR), konnte ihre Ergebnisse auch nicht verbessern. Sie beteiligte sich an 23 Wahlen und errang Parlamentssitze bei 16 dieser Wahlen, aber der Anteil

der Wähler, die für die LDPR stimmten, war nur in zwei Regionen höher als der Stimmenanteil der LDPR bei gesamt russischen Wahlen. Außerdem konnte die LDPR während des gesamten analysierten Zeitraumes nur in einem (!) Einzelwahlkreis einen Sitz erringen.

„Patrioten“ und Liberale

Die Partei „Heimat“, die bis zum März 2004 „Partei der russischen Regionen“ hieß, begann erst im Oktober 2004 aktiv an Regionalwahlen teilzunehmen und stellte nur in acht Regionen Listen auf. Das beste Resultat – 12,7% – erreichte sie im Gebiet Archangelsk, aber in vier Regionen waren ihre Wahlergebnisse schlechter als bei nationalen Wahlen. Das Abschneiden der Partei „Jabloko“ bei Regionalwahlen kann nur als katastrophal schlecht gewertet werden. Sie nominierte Listen für 9 Regionalwahlen und überschritt dabei die 5-Prozent-Hürde nur bei zwei Wahlen, in Inguschetien und im Gebiet Kaluga. Die zweite liberale Partei, die „Union der Rechten Kräfte“, war bei Regionalwahlen aktiver und etwas erfolgreicher. Ihre Listen konnten die 5-Prozent-Hürde in drei Regionen überwinden, die für die liberale Ideologie keine besondere Sympathie hegen: in den Gebieten Brjansk, Kurgan und Tula. Es gibt aber keinen Grund, diese Erfolge als politische Richtungsänderung zu deuten. In allen drei Regionen waren die Erfolge der „Union der Rechten Kräfte“ der gekonnten Organisation der Wahlkampagne und situationsbedingten Bündnissen mit den lokalen regierenden Gruppen zu verdanken. Zu guter Letzt nahmen an den Regionalwahlen „linkszentristische“ Parteien ziemlich aktiv teil, deren Aufgabe es war, die Wählerschaft der KPRF zu spalten. Ihr Erfolg tendierte gegen Null.

Rentner, Agrarier und „Gegen alle“?

Die meisten gesamt russischen Parteien haben demnach ihre Position bei Regionalwahlen nicht verbessert. Wohin gehen dann die Wählerstimmen? Zuerst einmal ist der Anteil derer, die „gegen alle“ stimmen, bei Regionalwahlen bedeutend höher, als bei gesamt russischen Wahlen. Im Durchschnitt betrug der Anteil der Stimmen gegen alle Parteilisten bei den Regionalwahlen 10,8%. Weiterhin schnitten zwei Parteien, deren Resultate bei den gesamt russischen Wahlen eingeschlossen waren, bei den Regionalwahlen erfolgreicher ab. Eine von ihnen ist die Agrarpartei Russlands. Sie nominierte bei 13 Wahlen Listen und überwand die prozentualen Hürden bei sieben dieser Wahlen. Die Russische Rentnerpartei war auf der regionalen Ebene noch erfolgreicher: Sie schickte in allen acht Regionen, in denen sie antrat, auch Abgeordnete in die Parlamente. Sie erhielt zwischen 5,8% (Gebiet Irkutsk) und 13,3% (Mari El) der Stimmen, jedes Mal bedeutend mehr als bei gesamt russischen Wahlen. Die Erfolge der

Agrarier und der Rentnerpartei sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Wahlbeteiligung bei Regionalwahlen ziemlich niedrig ist. Es ist auch bekannt, dass die Landbevölkerung und ältere Menschen aktiver sind und seltener „gegen alle“ stimmen als die Stadtbewohner.

Lokale Wahlbündnisse

Diese Faktoren an sich erklären allerdings nicht die Stimmverluste der großen Parteien. Bei Regionalwahlen werden diese Stimmen vorzugsweise von Wahlbündnissen geschluckt. Formal gesehen sind Wahlbündnisse Koalitionen zwischen gesamt russischen Parteien. In der Praxis haben die Namen der Wahlbündnisse und ihre Wahlkampf rhetorik allerdings mit den Parteien, von denen sie gebildet werden, nur selten etwas gemeinsam. Typische Namen dieser Wahlbündnisse enthalten keine Hinweise auf ihre Ideologie, sondern auf ihren lokalen Charakter, wie z.B. „Chakasijen“, „Für unseren Altaj“ oder „Für unsere Heimat, das Tajmyr-Gebiet“. Der nicht-ideologische, lokale Charakter wird auch in der Zusammensetzung der Blöcke deutlich. So wurde das Bündnis „Für das heimatliche Angaragebiet“ im Gebiet Irkutsk von der „Union der Rechten Kräfte“ und der Volkspartei gebildet, die Liste „Für die Wiedergeburt des Gebietes Brjansk“ von Jabloko und der nationalistischen Partei „Einheit“. Obwohl einige Bündnisse das Wort „Heimat“ in ihrem Namen führen, als ob sie sich auf die gleichnamige Partei berufen, erhält dieses Wort zusammen mit dem Namen der Region eine lokale Konnotation, wie z.B. bei „Unsere Heimat: das Gebiet Archangelsk“ und „Unsere Heimat: die Insel Sachalin und die Kurilen“. Besonders wichtig ist, dass die Wahlbündnisse oft von der regionalen Exekutive gebildet oder aktiv unterstützt wurden, die so die Dominanz von gesamt russischen Parteien (vor allem „Einiges Russland“) in den Regionalparlamenten zu verhindern versuchte. All das führt dazu, dass die Wahlbündnisse weit erfolgreicher abschneiden als die Parteien, aus denen sie sich zusammensetzen,

und die bei gesamt russischen Wahlen: im Schnitt zwischen 6,3% und 10,8% der Stimmen erhielten.

Parteien als Agenten der Zentralisierung?

Insgesamt ist die Strategie, gesamt russische Parteien in den Regionen als Agenten der Zentralisierung einzusetzen, 2003–2004 nur teilweise aufgegangen. Die Parteien sind sehr viel stärker in den Regionalparlamenten vertreten, die Partei, die vor allem den Einfluss des Zentrums auf die Regionen sichern soll, „Einiges Russland“, hat im Ganzen in den Regionalversammlungen keine Mehrheit erringen können. Darüber hinaus gibt es Anzeichen, dass der Misserfolg der Sozialreform, unter dem Stichwort „Monetarisierung von Vergünstigungen“, sich äußerst negativ auf den möglichen Wahlerfolg von „Einiges Russland“ auswirken könnte. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung des Autonomen Gebietes der Nenzen am 6. Februar 2005 erhielt „Einiges Russland“ 24,0% der Stimmen und die KPRF 25,9%. Bei den Wahlen zur russischen Staatsduma im Dezember 2003 waren die Ergebnisse 39,2% beziehungsweise 9,1%. Wird es der KPRF gelingen, diese Tendenz fortzusetzen und wieder eine führende Partei auf nationaler Ebene zu werden? Die Wahlen in fünf Regionen im März 2005 werden diese Frage beantworten. Alternativen sind entweder, dass „Einiges Russland“ seine Stellung zurückerober, oder dass die Wähler zu den Wahlbündnissen übergehen, die lokale Probleme artikulieren und in der Regel mit den lokalen regierenden Gruppen verknüpft sind. Letzteres würde das Scheitern der zentralistischen Strategie der russischen Regierung bedeuten. Auch der Erfolg der KPRF birgt noch große Probleme für die in Russland regierende Gruppe.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Grigorii V. Golosov ist Politologe und Professor an der „European University“ in St. Petersburg.

Lesetipps

Zum Hintergrund der politischen Entwicklung in den Regionen siehe:

Ross, Cameron (Hrsg.): *Regional Politics in Russia*, Manchester/New York: 2002.

Reddaway, Peter; Orttung, Robert W. (Hrsg.): *The Dynamics of Russian Politics. Putin's Reform of Federal-Regional Relations*. Volume I, Lanham usw. 2003